

Festung mit Dienstboteneingang: Die aktuelle Migrationspolitik und ihre Auswirkungen

(Manuskript des Referats von Sarah Schilliger im Rahmen der Podiumsdiskussion über G8, Migration und Prekarisierung, 3. Mai 2007 in Freiburg/Brsg., 5. Mai 2007 in Bern)

Wenn sich im Juni im Seebad in Heiligendamm die reichsten Wirtschaftsnationen treffen werden, hinter verschlossenen Türen und unter hohen Sicherheitsvorkehrungen, werden sie neben vielem Händeschütteln und in die Kameras lächeln auch Politik machen. Heute, wo immer mehr „Probleme“ und „Bedrohungen“ globaler Natur seien – Klimaerwärmung, Terrorismus, illegale Migration – brauche es vermehrt globale Antworten. In der Bedrohungsanalyse der G8 wird unkontrollierte Migration im Spektrum des „internationalen Terrorismus“ und der „organisierten Kriminalität“ wahrgenommen. Der Club der stärksten Wirtschaftsnationen reklamiert für sich, die „Lösungen“ für die dringendsten Probleme dieses Planeten zu kennen, so auch für die Migration. Dabei geht es den selbsternannten Weltenlenkern nicht etwa um die Gründe und Ursachen, die Migrationsbewegungen hervorrufen. Es geht ihnen nicht um ihre eigene Verantwortung, die sie an der Armut im Süden tragen; durch ihre Freihandelspolitik, durch globale Ausbeutungsstrukturen und durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft, die Millionen Menschen die Existenzgrundlage entzieht. Es geht ihnen auch nicht um die Verantwortung, die sie durch imperialistische Kriege, durch Waffenlieferungen oder durch die Ausbeutung von Bodenschätzen in den Ländern der Peripherie mittragen. Über die Ursachen der Migration verlieren sie kein Wort. Nein, es geht den illustren Gästen des Kempinskihotels in Heiligendamm vielmehr darum, als „Lösung“ für das „Problem Migration“ eine weitere Aufrüstung und Abschottung gegenüber den ärmeren Ländern voranzutreiben. Das „Management“ der wanderungswilligen Menschen soll verbessert werden, um Migration noch stärker den wirtschaftlichen Interessen des Kapitals anzupassen.

Der Mauerbau an den Grenzen

Die G8-Staaten stehen für eine zunehmend repressive Politik gegenüber Flüchtlingen. Inzwischen geht der globale „Krieg gegen den Terrorismus“ mit dem europäischen „Kampf gegen die illegale Migration“ Hand in Hand. Zunehmend wird über Flüchtlinge im Vokabular militärischer Strategie gesprochen. Der EU-Justizminister Peter Carstens spricht von einer „Frühjahrsoffensive“ illegaler Einwanderer, die Italien und Spanien jetzt bei gutem Wetter und geringerem Wellengang entlang ihrer Küsten erwartete (Faz-Net). Um diese „Offensive“ von Migranten abzuwehren, wird die Festung Europa aufgerüstet: An den EU-Aussengrenzen findet eine schleichende Militarisierung statt, werden die Zäune und Überwachungsanlagen verstärkt und immer feinmaschigere und perfidere Kontrollsysteme installiert. Die Journalistin Corinna Milborn¹ hat sich an die Aussengrenzen Europas begeben, sie schreibt

¹ Corinna Milborn (2006): Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto.

von mittlerweile sechs Meter hohem Stacheldrahtzaun, von automatisierten Tränengasanlagen, von Wärmekameras. „Das erinnert fatal an den Eisernen Vorhang, der 1989 unter Jubel und „Nie wieder!“-Rufen niedergerissen wurde.“ Als im Herbst 2005 mehrere Hundert Menschen versuchten, vor den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla den Zaun zu überwinden, kamen mindestens vierzehn um, einige von ihnen wurden erschossen. Etwa 1'200 Flüchtlinge, die es nicht über den Zaun schafften, wurden mit Handschellen aneinander gekettet und in Bussen an die algerische Grenze mitten in die Sahara deportiert. *Médecins sans frontières* spürten über 200 umherirrende Menschen in der Wüste auf, doch viele verdursteten. Seit dem Massenansturm in Ceuta und Melilla erhöht man die Mauern weiter. Melilla rühmt sich, über die modernste Grenzschutzanlage der Welt zu verfügen. Die Migrationsrouten verlagern sich nun zunehmend nach Süden. Zehntausende Migranten haben seither Boote im mauretanischen Nouadhibou, in Dakar oder in Saint-Louis in Senegal bestiegen, um die kanarischen Inseln anzusteuern. Die Überfahrt wird immer länger und gefährlicher – im vergangenen Jahr soll nach Angaben der spanischen Behörden einer von sechs Passagieren ertrunken sein (Le Monde diplomatique 05/2007).

FRONTEX – die Wächter des neuen Eisernen Vorhangs

Bei einem Treffen in Luxemburg haben die EU-Innenminister am 21. April 2007 beschlossen die Abwehr von Flüchtlingen weiter zu verschärfen. Seither wird die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX mit Sitz in Warschau massiv aufgerüstet. FRONTEX koordiniert „Schutzmassnahmen“ gegen illegale Migration und schafft nach eigenen Angaben einen „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“. Ein Euphemismus, der an George Orwell erinnert. Die 450 jederzeit abrufbaren Angehörigen der FRONTEX-Soforteinsatzteams bilden praktisch eine paramilitärische Bereitschaftstruppe. Zusätzlich zu den bisherigen Patrouillen werden künftig 116 Schiffe, 27 Hubschrauber und 21 Flugzeuge in ständiger Bereitschaft gehalten, um Jagd auf Flüchtlinge zu machen. Verschärfte Patrouillen in speziellen Küstenabschnitten sollen hinzukommen. Dabei lässt sich eine zunehmende Vermischung von Polizei und Militär beobachten.

Zur Unterstützung des Gegenschlags gegen die „Frühlingsoffensive“ heuert die FRONTEX senegalesische Fischer an, die aufgrund der Überfischung der afrikanischen Westküste durch europäische und asiatische Fangflotten ihre Lebensgrundlage verloren haben und nun ihre Landsleute abfangen sollen.

Infolge der neuen Migrationsrouten verschieben sich auch die Grenzen Europas immer weiter nach Süden: War es vor zwei Jahren noch die nordafrikanische Küste, so ist es jetzt Westafrika und die Sahara. Zunehmend wird dabei ganz in kolonialistischer Manier die Abweisung von MigrantInnen an Länder der Peripherie externalisiert. Dazu werden sog. Pufferzonen errichtet: in Nordafrika entstehen in Zusammenarbeit mit der EU Lager in Libyen und Mauretanien (in der Sprache der EU-Technokraten heissen sie „Schutzzonen“), Haftzentren in Tunesien, eine Grenzbefestigung in Marokko. Die EU-Anrainerstaaten spielen Grenzpolizei für Europa und erhalten im Gegenzug wirtschaftliche Hilfe: 15 Mrd. Euro wurden den Mittelmeer-Anrainerstaaten allein für die nächsten fünf Jahre zur Flüchtlingsabwehr zugesichert. Was die EU als Entwicklungsgelder verbucht.

Die Schweiz setzt Le Pens Parteiprogramm um...

Die Schweiz ist zwar beim G8 und auch bei der EU nicht dabei, spielt aber überall mit. Vor kurzem hat die Schweizer Regierung bekannt gegeben, dass sie bei FRONTEX eine aktivere Rolle übernehmen möchte und sich künftig im Rahmen des Schengenabkommens an der Eingreiftruppe RABIT (Rapid Border Intervention Team) beteiligen wird, indem sie Grenzwächter stellt. Die Schweiz festigt aber auch die Mauern im Innern, durch ihre sehr restriktive Migrationspolitik. Grad kürzlich haben wir von der Front National, der Partei vom Rechtsextremen Le Pen, ein Kompliment ausgesprochen bekommen: Die Schweiz habe bezüglich Migrationsgesetze das umgesetzt, was im Parteiprogramm der Front National stehe. Seit letztem Herbst haben wir verschärfte Asyl- und Ausländergesetze. Die rechtskonservativen Kräfte - allen voran die SVP - haben es geschafft, mit ihrer rassistischen Kampagne eine Mehrheit zu finden. Blocher und Konsorte vermittelten das Bild von „Wirtschaftsflüchtlings“ aus fernen Ländern, die von der Schweiz durch ihre übertriebene Grosszügigkeit angelockt würden, die dann unseren Sozialstaat missbräuchlich in Anspruch nehmen und so die Schweiz in den Ruin treiben. Diese Missbrauchsrhetorik, die auch auf Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Invalide angewendet wird, hat gefruchtet: Die Schweiz hat sich ein neues Abwehrgesetz geschaffen. Ein sehr rigides Gesetz, das eigentlich jegliche Zuwanderung von ausserhalb des ersten Kreises, also des EU-Raumes, unterbindet. Einzig Hochqualifizierte, die man gerade braucht, haben die Möglichkeit, eine meist auf die Dauer des Arbeitseinsatzes beschränkte Aufenthaltsbewilligung zu bekommen. Gegenüber den Armen der Welt werden jedoch immer neue Grenzen gezogen. Zusammen mit Schengen/Dublin verhilft nun dieses neue Gesetz, Migration rein nach Kriterien der Nützlichkeit zu managen, also eine utilitaristische Logik festzuschreiben: Erwünscht sind temporäre, flexible, auswechselbare Arbeitskräfte mit limitierter Aufenthaltsdauer – Migration „just in time“. Man will „Wegwerfbeschäftigte“, die man wieder heimschicken kann, sobald sie nicht mehr „nützlich“ sind. Die Schweiz hat eine Tradition in einer Migrationspolitik nach dem Prinzip „just in time“: in den 60er Jahren verhalfen die „Gastarbeiter“, wie sie so schön genannt wurden, der Schweiz zum Wirtschaftswunder. Nach getaner Arbeit wollte man die „Tschinggen“ dann aber nicht mehr. In der Folge kamen viele Saisoniers in die Schweiz - sobald es eine wirtschaftliche Krise gab, mussten sie das Land verlassen. Und jetzt wo es mit der Wirtschaft aufwärts geht, holt man sich neue „Wegwerfbeschäftigte“. Nun wurde durch die neue Gesetzgebung auch der Familiennachzug eingeschränkt, man will also nur die pure, verwertbare Arbeitskraft.

Festung mit Dienstboteneingang

Eine Auswirkung der neuen Gesetze ist, dass ein Heer von Sans-Papiers produziert wird. Da es praktisch keine Möglichkeit mehr gibt, legal in die Schweiz einzureisen (das zeigt sich auch darin, dass die Anzahl der positiven Asylanträge massiv gesunken ist in den letzten Jahren), erreichen immer mehr Menschen die Schweiz als „Illegale“. Die Festung Europa hat nämlich durchaus auch einen Dienstboteneingang für billige Arbeitskräfte, die sich auf dem Schwarzmarkt verdingen sollen. Es handelt sich um eine Politik, die versucht, die Zuwanderer in ihrem rechtlichen Status abzuwerten, um sie zu zwingen, ihre Arbeitskraft billiger zu

verkaufen. Und damit sind wir beim Thema Prekarisierung, die sich dann auf alle Lohnabhängigen auswirkt. Es entstehen Segmente auf dem Arbeitsmarkt, die an Sklaverei erinnern. Diese Überausbeutung der Sans-Papiers strahlt schliesslich auf den ganzen Arbeitsmarkt aus und kratzt auch an hart erkämpften Rechten der ArbeitnehmerInnen und an den Löhnen. Die Entrechtung in der Migration ist die extremste Ausformung einer Tendenz zur Prekarisierung und Flexibilisierung, deren Wellen immer weitere Teile der Lohnabhängigen erfassen. Ohne diese illegale Reservearmee funktioniert nämlich die prekäre Legalität kaum. Das heisst, wenn es die Möglichkeit gibt, Billigstarbeitskräfte auf dem Schwarzmarkt anzustellen, dann müssen auch die ArbeiterInnen auf dem formellen Arbeitsmarkt bereit sein, für immer weniger Lohn zu arbeiten, um mithalten zu können. Wer arbeiten will, hat die Bedingungen zu akzeptieren, weil es genug Illegalisierte gibt, die zu noch schlechteren Bedingungen arbeiten. Und die sich meist auch nicht getrauen, sich zu wehren gegen die Hungerlöhne und die schlechten Arbeitsbedingungen, weil sie sonst auffallen und ausgeschafft werden. Sie sind also der totalen Willkür des Arbeitgebers unterworfen.

Ohne dieses Heer an Papierlosen hätten wir hier keine Tomaten und Orangen in den Supermärkten, denn die Landarbeiter, die in Südspanien in der Landwirtschaft arbeiten, sind oft Sans Papiers. Ohne sie gäbe es einen absoluten Notstand im Baugewerbe, weil Arbeitskräfte fehlen würden. Und ohne sie hätten wir keine sauberen Toiletten in den Restaurants, keine billigen Kindermädchen, viel zu wenig Betreuungskräfte für alte Menschen. Ohne all die migrantische Billiglohnarbeit in der Schattenwirtschaft würde Basel, würde Zürich und würde auch Bern kaum so weiterfunktionieren wie bisher. Maria Rerrichs², die ein interessantes Buch über migrantische Putzfrauen geschrieben hat, spricht vom „*Bodenpersonal der Globalisierung*“. Es sind Aufgaben, die man nicht in Billiglohnländer outsourcen kann - die Häuser werden hier gebaut, die WC müssen da gereinigt werden, die Kinderbetreuung kann man schwer standortverlagern nach Indien, sie müssen hier betreut werden, wie auch die Wäsche hier gebügelt werden muss. Also holt man sich Billigstarbeitskräfte hierher.

Die Rückkehr der Dienstmädchen

Gegenwärtig lassen sich vor allem im Privathaushalt ganz wesentliche Umstrukturierungsprozesse beobachten. Es handelt sich um ein Phänomen, von dem man glaubte, es sei eines aus der Geschichte. Ich rede vom Phänomen der „Neuen Dienstmädchen“, von Kindermädchen, Betreuerinnen von alten Menschen, von Putzkräften im Privathaushalt - kurz von den „Perlen“, die weitgehend unsichtbare Arbeit verrichten. Die Gesindeordnung, die das Dienstbotenwesen im letzten und vorletzten Jahrhundert regelte, wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgeschafft, aber jetzt sind sie zurück, die Dienstmädchen. Dabei handelt es sich nicht mehr um vorwiegend junge Frauen aus armen, kinderreichen Familien auf dem Land, die die Zeit zwischen Schule und Hochzeit überbrücken, wie es im 19. und anfangs 20.

² Rerrichs, Maria (2006): Die ganze Welt zu Hause. Cosmobile Putzfrauen in privaten Haushalten.

Jahrhundert der Fall war. Die neuen Dienstmädchen kommen aus Ländern in Osteuropa, Afrika, Asien oder Lateinamerika. Oft sind sie nicht nur älter als die Dienstmädchen früher, sondern haben auch eine bessere Bildung. Bei den Filipinas zum Beispiel handelt es sich oft um ausgebildete Pflegerinnen. Die polnischen, rumänischen oder ukrainischen Hausarbeiterinnen sind nicht selten Akademikerinnen, die sich wegen hoher Arbeitslosigkeit und tiefen Löhnen nun als Putzfrau oder Kindermädchen im Westen verdingen, um ihre Familien in den Heimatländern zu ernähren. In Deutschland oder der Schweiz ist jedoch nicht ihre Berufsqualifikation gefragt, sondern eine andere Kapazität, die den Frauen „von Natur aus“ qua Geschlecht zugeschrieben wird: die Fähigkeit zu putzen, bügeln, waschen, Kinder und ältere bedürftige Menschen zu pflegen und zu betreuen, ein „Zuhause“ zu schaffen.

Dieses Bodenpersonal der Globalisierung hinterlässt in seiner Heimat oft auch einen Haushalt und zum Teil auch eine Familie mit Kindern, die wiederum von bezahlten oder unbezahlten weiblichen Kräften versorgt wird. So hat die Polin, die in Zürich als Kindermädchen arbeitet, zuhause eine Ukrainerin angestellt, die ihren Haushalt betreut. Es lassen sich globale Betreuungsketten rekonstruieren, die ganze Kontinente und Erdteile umspannen. Die ökonomischen Ungleichheiten zwischen hoch industrialisierten Ländern und Ländern der dritten Welt und Osteuropa fördern also die Vermarktung von Hausarbeit. Die Jobs im Privathaushalt sind hart, meist schlecht bezahlt, kaum sozialversichert - der Inbegriff von prekärer Arbeit. Hinzu kommt die ständige Angst, entdeckt zu werden: Jeder Kontakt mit Einheimischen, von der Billettkontrolle bis zum Gespräch mit der Nachbarin, kann im Gefängnis enden. Nach den neuen Ausländergesetzen in der Schweiz sind sogar jene strafbar, die ihnen helfen, sei es mit einer Unterkunft, mit Ratschlägen oder sei es durch politische Unterstützung.

Die modernen Dienstmädchen sind ein Beispiel für prekäre, illegalisierte Migrantinnen ohne Rechte. Sie schliessen die Lücke, die in den Haushalten entstanden ist, da die Frauen vermehrt berufstätig sind und es trotz rhetorischer Bekenntnisse nur sehr begrenzt zu einer Neuverteilung der Haushaltsarbeit zwischen den Geschlechtern gekommen ist: Die Arbeit im Haushalt gilt noch immer als weibliche Arbeit. In der Schweiz leisten laut offiziellen Statistiken erwerbstätige Frauen durchschnittlich mehr als doppelt so viel Haushaltsarbeit wie Männer, und auch die Zahlen in Deutschland zeigen, dass die Beteiligung der Männer an Hausarbeit und Kinderbetreuung seit Jahrzehnten konstant niedrig geblieben ist. Diese Mehrfachbelastung der Frauen wird zudem verschärft durch den allgemeinen Abbau und die Privatisierung der öffentlichen Dienste – beispielsweise im Gesundheits- und Pflegebereich: Wenn die pflegebedürftigen kranken Familienangehörigen aus Kostengründen frühzeitig aus dem Spital entlassen werden, sind es meistens die Frauen in den Privathaushalten, denen die Pflege aufgebürdet wird. Kinderkrippen und Tagesschulen sind noch immer viel zu wenig ausgebaut. Als private „Notlösung“ dieser Krise der privaten Sphäre bietet sich die Auslagerung dieser Arbeiten an Migrantinnen aus Billiglohnländern an, die als unsichtbare Helferinnen die Versorgungslücke im Privathaushalt füllen. Die „unsichtbare Arbeit“ im Haus wird verstärkt von erwerbstätigen Frauen in Anspruch genommen, die angesichts flexibler Arbeitszeiten und mangelnder öffentlicher Betreuungsangebote nach individuellen Lösungen suchen, um sich selber zu entlasten bei der Hausarbeit, der Betreuung der pflegebedürftigen

Eltern oder bei der Kinderbetreuung. Dabei bleibt die Hausarbeit unhinterfragt in Frauenhänden: Die Arbeit der Migrantinnen ersetzt die Arbeit anderer Frauen – womit sich an der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern rein gar nichts ändert und die patriarchalen Strukturen in Arbeit und Haushalt unhinterfragt bleiben.

Kämpfe für globale soziale Rechte

Trotz der schwierigen Bedingungen, unter denen die Hausarbeiterinnen arbeiten – langer Arbeitstag, isolierter Arbeitsplatz, illegaler Status usw., was beispielsweise eine gewerkschaftliche Organisation sehr schwierig macht – gibt es aber auch Beispiele von Widerstand: So ist in Europa 1998 ein Netzwerk entstanden mit dem Namen RESPCT, in dem sich Hausarbeiterinnen und Solidarische organisieren und für ein Recht auf Rechte eintreten. Sie fordern eine kollektive Legalisierung aller Sans Papiers, Arbeitsrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus, bessere Arbeitsverhältnisse. Sie beziehen sich aber auch auf einen alten Slogan der Frauenbewegung – das private ist politisch! – und weisen dabei darauf hin, dass es sich bei der Auslagerung von Hausarbeit nicht um ein Problem von Frauen, sondern um eines der ganzen Gesellschaft und ihrer patriarchalen Strukturen handelt. Denn nur die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine egalitäre Aufteilung der Haushalts- und Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern auf globaler Ebene erlauben, verspricht eine Emanzipation vom „modernen Dienstbotenwesen“.

Ich denke, dieses Beispiel eines politischen Kampfes ist vielversprechend: MigrantInnen machen sich zu politischen Subjekten und wehren sich *zusammen* mit den Lohnabhängigen hier gegen prekäre Arbeit und für eine Verbesserung des Arbeitsrechts, gegen Illegalisierung, und treten mit einer Forderung an die Öffentlichkeit, die über unsere Gesellschaft hinausweist: Für globale Bewegungsfreiheit und für eine neue Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern.

Dieses Modell möchten wir auch in der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel und darüber hinaus verfolgen: Aufzuzeigen, dass wir uns nur gemeinsam – Prekarierte, Erwerbslose, Migrantinnen, Junge der Generation Praktikum, Hartz-4 Empfängerinnen, working poor, usw. – gegen die Politik der Prekarisierung wehren können, dass wir alle betroffen sind von Lohn- und Sozialdumping, und dass wir – wie das letztthin am „Anderen Davos“ Mag Wompele so schön gesagt hat – dass wir eben heute, wenn wir nur schon ein paar Brosamen wollen, die ganze Bäckerei fordern müssen. Ich hoffe sehr, dass uns die G8-Mobilisierung in diesen gemeinsamen Kämpfen für globale soziale Rechte etwas voranbringt.